

Deutsche Bäckerei- und Konditoren-Zeitung

Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Lebensmittel-, Brot- u. Gebäckfabrikation

Abonnementpreis pro Quartal Mk. 2

200 Subskribenten jeden Donnerstag 1000 Retentionsfrist Montag morgen 10 Uhr

Abonnementpreis pro Jahrgang Mk. 20 für die Zustellung 30 Pfg.

Verleihen und Wohnungsnot

Am Beginn der kapitalistischen Gesellschaft gibt Wohnungsnot für die großen Schichten des Volkes. Die Sorge für eine auch nur halbwegs gute Wohnung macht dem proletarischen Familienhaushalt Kopfschmerzen. Je zahlreicher die Familie größer werden diese Sorgen, und wenn sich über Kinderzinsen über sein Haupt ergossen hat, die Wohnungsfrage für ihn zu einer unlöslichen denn er kann keine genügend geräumige Wohnung, manchmal wird es ihm sogar unmöglich zu mieten, weil die Hauswirte ihn einfach nicht mit dem für einen solch armen Teil der Bevölkerung zu einem Fluche und mit Erbitterung muß seinen Dank er erweist für seine Bemühungen. Die Wohnungsfrage, wie sie heute vor dem Volk steht, wird. Und die Folge davon ist, daß sich proletarischen Familienwörter und Familienkassen und die Kinderzahl einschränken, was dann nach einen weiteren Rückgang der Geburten zu führen muß.

Unmöglich ist der Lohn eines Arbeiters und auf der gestiegenen und (Lohnen) unabhängig von der Familie und der Zahl der Kinder. Daraus ergibt sich ein Kinderreicher Arbeiter einen unverschämten Teil seines Lohnes für Wohnungszwecke aufzuschieben, damit, daß er überhaupt einen größeren für Nahrung, Kleidung und Erziehung der Kinder kann. Er befindet sich also im unversöhnlich unglückseligen Lage und wird für die nächsten oder neuereinstellten Kollegen als abschreckendes Beispiel. Er kommt aus den Reihen heraus, er sitzt frühzeitig, seine Frau verkauft und wenn die Kinder herangewachsen sind, Eltern aufgeschauelt. Kann man sich unter diesen Umständen wundern, daß die Zahl der Kinderfamilien und die Kinderzahl in den einzelnen Familien den letzten Jahren so schnell abnimmt? Man will zu sagen: Wo so viele Kinder um den Tisch mit dem folgenden auch noch hat, aber diese ist, die in der letzten Zeit geradezu als Lohn in Bezug auf die Wohnverhältnisse keine Geltung. In jedem neuen Wunde die Wohnungsnot wächst und kommt nach hinzu, daß die meisten Hauswirte von Kinderreichen Familien aufnehmen, weil sie, wie oben angegeben, eine schnellere Abwertung der Wohnung beschließen und weil sie ebenfalls noch Angst vor ein solches Wieder nicht genügend zahlungsfähig in Kinderreichen Familienwörter hat so viel notwendige, daß für diese einmal nichts übrig bleibt, und auch verschärfte manchmal andere Sachen hat, Kinderloses oder Kinderarmes Ehepaar, so besteht die Meinung eines Hauswirts gegen Kinderreiche Familien. Als gerechtere Gesichtspunkte lassen sich anführen: auch die Miete im voraus bezahlen und auch abends in den Kinderreichen Familien eine höhere. Sie begründen diese Forderung mit der größeren der Wohnung und der geringeren Erdbeissen. Sie meinen, daß sie sich nicht nur die Zahl der Wohnbezahlen lassen, sondern auch die Miete nach der der Wohnung abfragen, wie sie auch die Gehalts für ein Zimmer, an dem zwei oder mehr Personen in einem kleinen Raum nebeneinander leben können, so er mit einer Person beizubehalten wird. Aber dieser ist mit der neuen Konstruktion mit jedem Monat im neuen Raum nicht die Miete und was aus der Wohnung. Es ist wahrscheinlicher, daß der Einkommen, aber solche über den Gehalt, an dem man sich der unter dem Lohn der Arbeiter hat, so...

traumige Tatsache, daß die Zahl der billigen Wohnungen fortwährend sinkt, weil diese sich nicht so gut verkaufen wie die großen Wohnungen, trotzdem sie verhältnismäßig teurer sind. Schon vor dem Kriege machte sich ein Mangel an Kleinwohnungen unheimlich bemerkbar, und nach dem Kriege wird die Zahl der billigen Wohnungen besonders in den Großstädten dem Bedürfnis bei weitem nicht mehr genügen.

Daraus ergibt sich die unabweisbare Notwendigkeit, der Wohnungsfrage näherzutreten und jeder, der es ernst meint mit der Wiederherstellung und Erhaltung unserer Volksgesundheit, hat die Pflicht, an der Lösung dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Allerdings ist die Wohnungsfrage nur ein Teil jener allgemeinen sozialen Frage, die unsere Gesellschaft erschüttert und brennend, aber sie ist so wichtig und dringend, daß sie keinen Aufsicht mehr erduldet. Hier müssen die Dinge nicht mehr auf die lange Bank schieben, sondern es muß bald und aus dem Werk gelegt werden, wie es zu spät ist. Es muß unser allen Umständen dafür gesorgt werden, daß jenen kinderreichen Familien, auf deren so wesentlichem der Nachwuchs unserer Bevölkerung beruht, die Möglichkeit gewährt wird, ihren Sprachlingen Luft und Licht und Sonnenschein und auch Bewegungsfreiheit zu geben. Das ist bei allen Dingen deshalb notwendig, damit den Geburtenrückgang in den unteren Schichten möglichst Einhalt getan wird. Unser heutiges Volk gebraucht einen starken Nachwuchs, und die Wohnungsfrage ist eine der wichtigsten Aufgaben dafür, daß dieser Nachwuchs heranwächst.

Bekanntlich haben sich schon seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der Wohnungsnot Verbesserungen bemerkbar gemacht zur Schaffung gesunderer Verhältnisse. Besonders die gemeinnützigen Bauvereine und auch verschiedene Krankenkassengemeinschaften sind in dieser Richtung tätig, doch sind ihre Erfolge bislang nur recht bescheiden geblieben, da auch sie unter der Herrschaft des Kapitalismus nach individuellen Grundbesitzern weichen müssen. Auch einzelne Städteverwaltungen haben sich an eine Lösung der Wohnungsfrage herangewandt, um die Notwendigkeit der Grundstücksreform und Hausgesetz zu brechen, doch sind diese Bemühungen im großen und ganzen ebenfalls erfolglos geblieben. Ob wir daraus rechnen dürfen, daß Staat und Gemeinden der Hilfe auf diesem Gebiet zum werden, erscheint nicht als zweifelhaft, und daß das primäre Bedürfnis sich nicht auf den Bau von Kleinwohnungen für Arbeiter beschränken wird, ist sicher. Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß auch hier, wie auf anderem Gebiet, die Arbeiterklasse auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe die Wohnungsfrage in Angriff nimmt, wobei sie allerdings mit Recht auf die verstaatlichte und verstaatlichte Umsetzung und Förderung jenseits des Staates und der Gemeinden Anspruch stellen darf.

Es sind die verschiedensten Kommissare in dieser Richtung gemacht worden; einen davon möchten wir unsern Kollegen und Kolleginnen zum Nachdenken und zur Anteilnahme unterbreiten. Es geht davon aus, daß es notwendig ist, die heranwachsende Jugend nicht als bisher dazu angewöhnt, an ihre späteren Bedürfnisse zu denken. Die jungen Leute sehen meistens zu den Tag hinein und machen sich keine Sorgen um die Zukunft. Sie hätten wohlwärtig einen höheren Bewußtsein, als die arbeitenden Leute, und da erweise es dem doch erwünschter, als es nicht angebracht ist, um den besten Bewußtsein der jungen Leute einen Teil geschäftlichen für die Anforderungen der höheren Schule. Bekanntlich ist zu Anfang für die Zukunft des heranwachsenden Mannes aus den Kreisläufen und erweise junge Leute heute fast ausschließlich darauf zu sein, was er sich für die Zukunft erwünscht, aber es ist ein unglückliches Schicksal, wenn man nicht auf die Zukunft denkt, wie es die Arbeiter sind, die...

die Menschen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Staat, Markt, Nationalismus sein. Verantwortung, ist es Pflicht der ledigen jungen Leute beiderlei Geschlechts, für die eigene Ehe und deren Folgen zu sorgen. Diese Angelegenheit mußte natürlich geregelt werden wie bei den anderen Zweigen des Berufsstandes. Was den angemessenen Wohnungen, zu denen der Staat Beiträge zu leisten habe, werde dann an die Verantwortlichen von der Geburt des ersten Kindes an eine Provision gezahlt, die mit jedem weiteren Kinde steigt, so daß auf diese Weise der künftigen Ehepaaren die Wohnungsfrage erleichtert werde. Wer unterzeichnet über die oder im künftigen Ehe leben, erfüllen so die Ehepflicht gegenüber jenen Kollegen, die durch die Zunahme der Kinder der Allgemeinheit einen großen Dienst erweisen. Eine solche Ehe ist eine Art des Solidarismus, denn bei jeder Solidarismus besteht darin, daß man seinen Mitmenschen unterstützt, zugleich aber seinen Teil davon trägt, fremde Hilfe entgegen zu nehmen.

Die Frage hat dieser Vorschlag manches für sich, und es wäre deshalb empfehlenswert, wenn er in den Kreisen unserer Kollegen und Kolleginnen erörtert würde.

Der Städtel in Dresden und der Schuldenrückzahlung

Das Urteil der Schuldenrückzahlung vom 13. Dezember 1924 hatte unsere Dresdener Volkshilfe gemeinnützig mit dem Stadtkommissionarverein „Gemeinschaft Dresden am 21. Januar eine Sitzung am den Rat der Stadt Dresden gemacht, an welcher er erwidert wurde, bei der Verhandlung nicht zu werden, daß mehrere Entscheidungen notwendig und an deren Stelle ebenfalls Entscheidungen abgegeben werden. Dem vorhinige Bescheidungen möge man den vollen künftigen Bedürfnis entgegenstellen und vor allem ein Einverständnis einbringen. (Die Eingabe ist in der Nr. 8 unserer Zeitschrift abgedruckt.) Dieses wurde nun Rat genehmigt, daß allen denen, die angeblich zur Forderung kommen, eine entsprechende Unterstützung aus künftigen Mitteln vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an gewährt werde.

Der dem Vorstand des Stadtkommissionarvereins heute zugewandte Schiedsamt und der Vorsitzende des Stadtkommissionarvereins, Kollege Wacker, schon am 21. Januar eine Bescheid genehmigt. Nach hier werden dieselben Bescheid zum Bescheid genehmigt werden. Eine besondere Erklärung wurde jedoch nicht gegeben, aber wir enthalten die Hoffnung, daß unsere Wünsche an der nächsten Stadtkommissionarverein werden und aus demnach künftige Unterstützung gegeben werde. Am 4. Februar ging dem folgenden Schreiben ein:

Wir gestatten uns, auf die Überlegung des Vorstandes des Stadtkommissionarvereins mit Ihnen Herrn Wacker und Wacker am Dienstag, 21. Januar, Bezug zu nehmen. Wir teilen Ihnen bereits bereits mit, daß der Stadtkommissionarverein der Schulden- und Forderungswirtschaft für Dresden und Umgebung keine Möglichkeiten empfinden habe, nach Möglichkeit diejenigen Arbeitslosen, die mit besonderer Notlage verbunden sind, auf einer Vermögensfrage zu helfen. Zu unserer unglücklichen Erinnerung an 21. Januar d. J. haben wir auch schon Gelegenheit genommen, Ihnen unvollständigen Bericht allgemein zur Kenntnis zu bringen.

Vorsitzender Schiedsamt
Herrn Wacker, Schuldenaufseher
Carl Wacker, Vorsitz

Der Rat der Stadt hat nun gleichzeitig an den Vorsitzenden des Stadtkommissionarvereins, dem Rat der Stadt und auch an den Vorsitzenden der Stadtkommissionarvereins Bescheid genehmigt. Am 4. Februar wurde die Entscheidung der Stadtkommissionarverein die Eingabe der Stadtkommissionarverein zur Kenntnis gebracht und darauf in der Sitzung des Rat der Stadt am 13. Februar in der Sache zu erklären.

Der Stadtkommissionarverein hat nun dem Rat der Stadt die Bescheid unserer Bescheid genehmigt, um die Bescheid zu machen, künftigen Entscheidungen entgegenzustellen werden. Nach über die Bescheidgenehmigung...

Auf zur Frühlingsagitation! Benutzt die günstige Zeit, um neue junge Mitkämpfer für Eure Interessen zu werben. Ihr seid es Euch und anderen Kollegen im Felde schuldig, die Reihen des Verbandes zu stärken.

Ingen und Verfertigung des Lohnes wurde recherchiert. Verhandlungsergebnisse über die Zahl der - Organisations im Reichel! Das speziell hierüber keine maßgebenden Angaben gemacht wurden, in nur zu bezeichnen und danach nicht weiter erläutern zu werden. Am 2. Februar wurde darauf in einer Gesamtsitzung der Reichsleitung gesagt, dass mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Reichsinnenministeriums (siehe obigen Brief) man von weiteren Maßnahmen abstehe.

Die Antwort an uns, die am 27. Februar einging, lautet:

Auf Ihre Eingabe an den Rat, in der unter Bezugnahme auf die Schaffung des Reichslänglers vom 16. Dezember 1915 über die Herstellung von Süßigkeiten und Süßwaren gemacht worden ist, gegen weitere Entlassungen von Arbeitnehmern in den einflussreichen Gewerken für Einparierung der Arbeitszeit. Für Erfüllung einer besonderen Geschäftsauftrag seitens der Arbeitgeber an den Arbeitnehmern für den Anteil des Lohnes und für Gewährung eines Kinderzuschusses zu wirken, sind der Entlassenen eine entsprechende Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, erwidert er folgende:

Der Reichsverband der Süßwaren- und Gebäckfabrikanten und verwandter Betriebe für Essen und Umgebung hat uns unter Bezugnahme auf die Eingabe mitgeteilt, dass er seinen Mitgliedern ersucht habe, im Interesse der Arbeiter, die mit beschränkter Arbeitszeit rechnen, möglichst auf einer Verdrossenheit zu bestehen und Abstriche nicht zu machen, das sie die ihnen zustehenden Sonderrechte verdienen. Diese Unterstützung ist aus der Vermittlung des Reichsinnenministeriums zu beschaffen und zur Unterstützung von Arbeitnehmern, die durch die Einstellung der Arbeitstätigkeit bei der Kriegseinstellung der Arbeiter und der Beibehaltung der Sonderrechte der einzelnen Betriebe sind.

Im Hinblick auf die Stellungnahme des Reichsinnenministeriums hat der Rat in seiner Gesamtsitzung am 2. Februar 1916 beschlossen, den weiteren abzugeben.

Was ist der Gehalt an Unterstützung geben wird, wenn wir davon ein Teil, die Kriegsgewinnsteuer (siehe unten, Absatz III), die Forderung für den Krieg, die durch den Krieg entstanden ist, bezahlt ist.

Der Rat zu Dresden, Gewerkschaft B.

Erfolg zu verzeichnen, so können wir dies mit dieser Regelung vorläufig zufrieden sein. Sollte allerdings noch Unannehmlichkeiten eintreten, so werden weitere Schritte hierzu unternommen werden müssen. Der Reichsverband hat sich zunächst zurückhaltend verhalten, in dem gemeinsamen Sinne zu handeln. Inwiefern es möglich sein wird, werden wir in bald bekanntgeben können. Auch der Reichsinnenministerium müssen, für die Betroffenen zu sorgen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Ausführungen des Stadtrates bezogen aber auch, dass alle die Handwerker von Einlassenen und hilflos gewordenen sich nicht bei der Stadtratsrat Unterstützung angemeldet haben! **Wichtig!** Jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin ist es darum nun, ganz gleich, ob organisiert oder nicht, sich auf dem

Wenn die Organisation meinen Interessen immer noch besser dienen soll, so muß ich sie natürlich mit allen Mitteln zu stärken suchen!

Dresden, Reichsverband, Zillengasse 12, 2. Etage, zu melden, von wo aus die Unterstützungen für die bei der Stadt geltend gemacht werden!

Wir können weiter berichten, dass Entlassungen zwar gegenwärtig fast gar nicht mehr zu verzeichnen sind, doch machen sich in den letzten Tagen Anzeichen bemerkbar, dass man demnächst wieder hierzu übergehen will. In den meisten Betrieben in die Arbeitszeit eingeschränkt worden; was nach der nunmehrigen Zeit meist ausreicht, wobei wir demnächst ausführlich berichten wollen. Von einzelnen Betrieben wird berichtet, dass Leute mit der Arbeit anzusetzen müssen. Die weitere Veränderung, die aus der Industrie für die Herstellung der Schweißarbeiten, ist bereits weiter oben zu fordern. Sollten wir im Interesse unserer Kampfgenossen, das sie keine alle gehen werden.

Aus dem Reichstage.

In den Verhandlungen des Reichstages, die im Laufe der letzten Woche wieder einsetzten, gab die Beratung des Entwurfs des Reichsstaatsvertrages und des Auswärtigen Amtes Gelegenheit, die Fragen der Kriegsernährung und der inneren Politik eingehend zu behandeln. Der Reichsstaatsrat hat dabei öfters als immer noch über die Ziele ausgesprochen, die die Regierung jetzt infolge des Krieges zu erreichen hofft; er erklärte aus einem Status quo ante (Zurückführung auf den früheren Zustand) lenkt noch in ungeheurer Geschwindigkeit die Geschichte nach.

Nach dem Kriege wird ein neues sein, das Polen, auf das der russische Intervention (Polenkommission) unter Einwirkung und Andeutungen seinen Fuß gelegt, das der Reichsstaatsrat und Regierung verlassen hat, in nicht mehr. Selbst Mitglieder der Partei haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Reichsstaatsrat, jedem Deutschlands und Österreich-Ungarn erklärt für das ungelückliche Land gefordert haben, nicht mehr vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen von dem Prinzip der Nationalität. Wenn er das mit, und wenn er sich in die Lage des nachgegangenen und nachgegangenen Gegenwärtigen, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seiner Bundesgenossen befreiten Völker zwischen dem kaiserlichen Meer und den wolkigen Gipfeln wieder

dem reaktionären Rußland ausliefern wird, mögen es Polen, Italien, Litauen oder Letten sein? Nein, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Geere auf die ungegütigte Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde Deutschland als Einfallstürme benutzen und in das ungegütigte Deutschland einrücken. Und wenn jemand glaubt, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut unserer Völker geflossen ist, ohne nützliche Sicherheit für unsere Zukunft freigeben werden - wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französisch als Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen Status quo ante, auch hier kann Deutschland das lange niedergehaltene völkische Volkstum nicht wieder der Vermischung preisgeben. Wir wollen eine seiner Anlage und Entwicklung entsprechende, auf der Grundlage seiner Sprache und seiner unverwundlichen Geschichte Nation, wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln."

Diese und die weiteren Ausführungen des Reichsstaatsvertrages denken darauf hin, daß die leitenden Stellen der deutschen Kriegführung sich eines herrlichen Ausganges der Kämpfe heute sicherer fühlen als früher. Das angezeigte Kriegsspiel wurde von den bürgerlichen Parteien jedoch im allgemeinen noch als Mindestprogramm betrachtet. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Ebert, fand - nachdem er sich entschieden gegen weitergehende Wünsche, besonders des Reichsstaatsvertrages, gewendet und betont hatte, daß seine Partei nach wie vor sich für einen baldigen Frieden einsetze - daß das, was der Reichsstaatsrat gesagt habe, im Zusammenhang mit dessen früheren Erklärungen dahin zu verstehen wäre, daß Deutschland nicht daran denke, andere Völker zu verewaltigen. Ebert wandte sich dann noch mit aller Schärfe gegen unzulässige Maßnahmen der Regierung in der Lebensmittelversorgung des Volkes, wobei vor allem Preußen wieder den Vorrang habe. Die mittlere Spekulation auf dem Lebensmittelmarkt brandmarkte für alle Zeiten die kapitalistische Propaganda. Seine Partei habe jetzt wieder dem Reichstage ein Programm zur Sicherung der Volksernährung zugehen lassen. Dann forderte Ebert noch eine weitere Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsernährung, erhöhte Forderungen für die verwundeten Kriegsteilnehmer und gerechtere Regelung der Arbeitsermittlung in Verbindung mit einer Arbeitslosenunterstützung. Scheidemann ging später in der Debatte nach einer heftigeren Behandlung des U-Bootskrieges nochmals auf alle diese Fragen ein und wendete sich auch besonders gegen die Mängel der inneren Politik. Als ein sehr trauriges und beschämendes Kapitel bezeichnet er die Angelegenheit der Novelle zum Reichsversicherungsrecht. Die Regierung hatte bekanntlich versprochen, eine solche der jetzigen Tagung vorzulegen. Sein Angriff veranlaßte am andern Tage die Regierung zu der Erklärung, daß nur besondere Umstände eine solche Vorlage noch verzögert hätten, daß sie aber noch bestimmt komme. Die Ansichten der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft brachte Haase zum Vortrag, sie sind dahin zusammenzufassen, daß von dieser Seite die Ausführungen des Reichsstaatsvertrages als ein reines Amnestionsprogramm betrachtet wurden, welches uns dem Frieden nicht näher bringen werde. Die Völkerstaaten der von uns in Rußland besetzten Gebiete müssten selber über ihr ferneres nationales Dasein entscheiden können und für Belgien müsse die staatliche Wiederherstellung und seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit gefordert werden.

Einde der Woche wurde noch bekannt, daß dem Reichstage nun endlich auch die Novelle zur Reichsversicherungsgesetzgebung, die im Invaliden- und Altersversicherungsgesetz die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre bringt, zugegangen ist. Sie bringt auch eine Erhöhung der Bauernrenten, die jedoch wieder äußerst gering ausgefallen ist, und auf der andern Seite eine ganz anscheinliche Erhöhung

Wahl- und Schneefliegen.

Von Dr. R. Marzell

Jeder kennt die ausgedehnte Heerde von Fliegen, Wespen und Bienen in der Luft, die eine große Plage bereiten. In dem Maße, wie die Fliegen sich vermehren, so vermehren sich auch die Wespen und Bienen. Die Fliegen sind die Plage der Sommermonate, die Wespen die Plage der Herbstmonate, die Bienen die Plage der Wintermonate. Die Fliegen sind die Plage der Sommermonate, die Wespen die Plage der Herbstmonate, die Bienen die Plage der Wintermonate.

In dem ersten geschriebenen Schneefliegen geschildert, was die Fliegen sind, wie sie leben, was sie fragen. Die Fliegen sind die Plage der Sommermonate, die Wespen die Plage der Herbstmonate, die Bienen die Plage der Wintermonate. Die Fliegen sind die Plage der Sommermonate, die Wespen die Plage der Herbstmonate, die Bienen die Plage der Wintermonate.

Selten wie bei der ersten ab, benutzt aber auch bei Hater und Größe der Familienglieder. Die dritte Generation tritt Ende August bis Anfang September ins Leben, die ihre Eier am an die Winterzeit ablegt, wo es zur Überwinterung der Maden kommt. Die Puppe der Fliege ist glänzend braun, walzenförmig und am Kopfende konisch. Zur Verhütung der Fliegenzucht empfiehlt es sich, im August neben den Maden, die mit Winterzeit befreit werden, Größe als Gegenmaßnahme für die zweite Generation anzubauen. Anfang bis Mitte September wird das Feld dann umgegrünt, wodurch die abgelegten Eier oder vorhandenen Maden vernichtet werden.

Die Heuschrecke (Chorops taeniosus) wird besonders dem Regen gefährlich. Die gelbe Fliege entleert sich im Mai über Eier, die sie an die Blätter ablegt. Die Maden suchen die Blätter auf und streifen sich bis zum Halmstrotz durch, wo die Verpuppung erfolgt. Die Fliegen der zweiten Generation erscheinen Ende August bis Anfang September, die sich für ihre Eier den kältesten Wintermonaten zum Ziel setzen. Die Maden fällt durch Abstreifen des Herzes der Heuschrecken zum Opfer. Die Verpuppung geht im nächsten Frühjahr vor sich und im Mai schlüpfen wieder die Fliegen aus. Die Puppe der Heuschrecke beträgt eine Länge von 6 mm. Die Farbe der Puppe ist braunlich; die Segel walzenförmig. Die Heuschrecke tritt nur in zwei Generationen auf. Die Puppenhälften der verschiedenen Heuschrecken haben ein gutes Merkmal zur Erkennung derselben. Es sind ihre Flügel, in den ersten Halmern diese Puppen ausgeben.

Als das beste Bekämpfungsmittel gegen die Heuschrecke gegen den Regen kann die richtige Wahl der Saatzeit gelten. In diesem Sinne soll Wintergetreide, wenn irgend möglich, nicht vor Ende September, andererseits Sommergetreide so früh wie möglich gesät werden. Dem Fliegen ist es in diesem Fall sehr zu empfehlen, die Eier am Ende des Getreides abzuliegen, da das Getreide dadurch noch nicht angefallen oder in der Getreidezeit schon zu weit ist. Wo Getreideanbau aufhört, sollen die

Schläge möglichst tief unterpflügt werden. Die Stoppeln müssen nicht tief untergebracht werden.

Die Heuschrecke (Cocciomyia destructor) pflanzt in der Regel nur in zwei Generationen aufzutreten. Die Fliege schlüpft im Frühjahr aus der Puppe und legt ihre Eier im allgemeinen an das Wintergetreide. Die Maden suchen die untersten Stängelsnoten zum Verweilen auf. Dies veranlaßt ein Vergilben des Getreides, so daß die Halme an den beschädigten Stellen leicht abbrechen. Die zweite Generation erscheint in den Sommermonaten. Die Eier dieser Generation werden Ende August bis Anfang September an die Winterzeit abgelegt. Schlechtes Wetter führt leicht zu einer Vernichtung der zweiten Generation der Heuschrecke. Die männliche Puppe der Heuschrecke ist etwa 2 mm lang, die weibliche Puppe dagegen weiß eine Länge von 5 mm auf. Die walzenförmige Puppe besitzt eine dunkelbraune Farbe, das Kopfende ist verdichtet. Die Puppe hat eine gewisse Ähnlichkeit mit einem langgestreckten Leinwamen.

Zum Schluss noch einige Angaben über die Getreidefliegen (Trypeta deceptor), welche die sogenannte Strohkrankheit hervorruft. Die Krankheit tritt im Frühjahr bei Roggen und Hafer durch stellenweises Gelbwerden der Pflanzen erkennbar, dem ein Absterben folgt. Die Blätter verkümmern oder klapfen sich vielfach. Die Ursache der Krankheit bilden kleine, etwa 1 mm lange Fliegenlarven, die in den oberirdischen Pflanzenteilen leben. Die Würmer legen mehrmals im Jahre Eier, aus denen dann die jungen Fliegen hervorgehen. Beim Fehlen von Pflanzen können die jungen Fliegen lange Zeit im Boden ohne Nahrung zubringen. Zur Bekämpfung ist ein Ausbuchen und Verbrennen der befallenen Pflanzen und der umstehenden notwendig, auch kann Hagelkorn genommen werden. Die Heuschrecken werden im Herbst mit Winterregen befeuchtet, der als Regenflut dient. Im Frühjahr werden die Pflanzen ausgerissen und verbrannt, da sich die Heuschrecken darin gesammelt haben. Auf keinen Fall dürfen diese Regenfluten vernichtet werden. Abgesehen ist auch der Regen, wenn auch seltener, einer ähnlichen Krankheit ausgelegt.

der Beiträge. Über die Einzelheiten der für die Arbeiterschaft wichtigen Vorlage und ihre Behandlung werden wir später berichten.

Zur Arbeitslage.

Die Kriegswirtschaft bewegt sich seit längerer Zeit in ziemlich normalen Bahnen, so daß eine Betrachtung der Gesamtlage kein ungünstiges Bild ergibt. Die Industrien, die für den Krieg arbeiten, sind auch im neunzehnten Kriegsmonat angepannt beschäftigt gewesen und haben vom Arbeitsmarkt Leute aufzunehmen können, die infolge von durch den Krieg hervorgerufenen Maßnahmen beschäftigungslos wurden. Dies trifft besonders auf das Schloß- und das Bekleidungs-gewerbe zu, in welchen das Fehlen der Rohstoffe und die Beschlagnahme der Web- und Wirkstoffe stark spürbar ist. Der Bergbau ist stark beschäftigt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandelsministerium für Januar einen Rekord im Kohlenverkauf. Dieser war also größer als der Höchstvertrieb im Frieden. Der Monat Februar hat zwar diesen Rekord nicht erreicht, doch war die gesamte Förderung der dem Syndikat angehörenden Zechen an Löhnenzahl etwas höher als im Januar. In der Metall- und Maschinenindustrie wie in der elektrischen Industrie war die Beschäftigung im allgemeinen gleich gut wie im Vormonat, zum Teil trat eine Verbesserung ein. Das gleiche gilt für die chemische Industrie und für die Holzindustrie. Im Baugewerbe ist dagegen noch keine Besserung zu verzeichnen.

Die Rangweigungen der Krankenkassen an dem Reichsarbeitsblatt" ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. März dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber wie bisher eine Abnahme der männlichen Beschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen Beschäftigten.

Die männlichen Beschäftigten haben im Februar um 29.565 oder um 0,66 vom Hundert abgenommen; bei den weiblichen Arbeitskräften ist eine Zunahme um 19.388 oder um 0,50 vom Hundert zu verzeichnen.

Die Arbeitslosigkeit bei den Fachverbänden war zu Beginn des Monats März 2,8 vom Hundert gegen 2,6 zu Beginn des Monats Februar. Bei den Verbänden hat sich also die Beschäftigungslosigkeit gesteigert. Diese Steigerung resultiert aus der Textilindustrie und aus dem Baugewerbe.

Die Arbeitsnachweisstatistik zeigt für den Monat Februar gegenüber dem Januar bei den Männern und bei den Frauen eine geringe Zunahme des Andranges. Es entfielen nämlich auf je 100 offene Stellen bei den Männern 86 Arbeitssuchende gegen 84 und 90 in den beiden Vormonaten; beim weiblichen Geschlecht kamen auf 100 offene Stellen im Berichtsmonat 167 Arbeitssuchende gegen 166 im Januar dieses Jahres. Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände dergetehnen für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie für Schleswig-Holstein und Sehen eine im allgemeinen günstige oder zufriedenstellende Lage. Als im wesentlichen unverändert wird die Arbeitslage bezeichnet in Ostpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Westfalen und Böhmen. In Sachsen, in Anhalt und in Hamburg hat sich die Lage für weibliche Arbeitskräfte verschlechtert. Auch in Westfalen trat eine geringe Verschlechterung ein. Für das Bekleidungs-gewerbe wird eine Verschlechterung gemeldet aus dem Rheinland und dem Königreich Sachsen. In Posen und Galizien-Karpaten der Arbeitsmarkt teilweise einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen; auch in Baden machte sich größere Beschäftigungsgelungenheit bemerkbar.

Für Bäcker und Konditoren wurden bei den Arbeitsnachweisstellen, die sich mit der Vermittlungstätigkeit dieser Berufe befassen, im Monat Februar 2499 offene Stellen, 3126 Arbeitssuchende und 2094 Vermittlungen gemacht. Auf die Landesgebiete verteilen sich diese Zahlen wie folgt:

Landesgebiete	Anzahl			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitssuchende
	Arbeitsnachweiser	offene Stellen	beschäftigten Stellen	
Preußen und Westpreußen	50	87	96	1,35
Sachsen und Brandenburg	1293	1281	1169	1,01
Provinz Pommern	48	28	21	1,71
Posen	28	31	26	0,90
Schlesien	82	62	35	1,32
Sachsen	76	67	40	1,12
Schleswig-Holstein	28	19	15	1,47
Hannover	28	33	18	0,85
Westfalen	124	77	50	1,61
Ostpreußen	117	79	74	1,48
Rheinland	128	52	33	2,46
Königreich Bayern	252	87	71	2,90
Sachsen	185	147	131	1,26
Württemberg	110	66	39	1,66
Großherzogtum Baden	212	160	131	1,32
Hessen	60	34	22	1,77
Thüringische Staaten, Lübeck und Bremen	91	72	69	1,26
Hamburg	176	123	123	1,42
Schleswig-Holstein	40	44	11	0,91

Auf je 100 offene Stellen kamen im Gesamt Durchschnitt 127 Arbeitssuchende gegen 119 im Vormonat und gegen 132 im Februar 1915. Gegenüber dem Vormonat ist also eine leichte Verschlechterung eingetreten; gegenüber dem Vorjahre zeigt sich eine starke Verbesserung. Die Verhältnisse in der letzten Spalte der Tabelle zeigen die großen Unterschiede im Andrang Arbeitssuchender in den einzelnen Gebieten. Von den 19 Gebieten fanden Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Sachsen, Böhmen, Baden, Posen, Thüringen und Hamburg, also 14 Gebiete, über dem Gesamtdurchschnitt. Besonders hoch war der Andrang Arbeitssuchender im Verhältnis zu den offenen Stellen im Rheinland und im Königreich Bayern. In Bayern waren nach dem Bericht des Statistischen Landesamtes die Bäcker- und Konditoren neben den Metzger- und Metzgerinnen die einzigen Berufsgruppen mit größerer Arbeitslosigkeit.

Inwiefern die Maßnahme des Bundesrates hinsichtlich des Zuderverschleißes von Einfluss auf die Arbeitslosigkeit war, läßt sich nicht feststellen. Berichte aus der Industrie liegen nur für die Stiefherstellung vor. In dieser war die Arbeitslage gut.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Darlegung.
Vom 3. bis zum 8. April gingen bei der Hauptkassse des Verbandes folgende Beträge ein:
Für März: Leipzig M. 423,37, Hannover 399,12, Würzburg 45,62, Coburg 9,20, Waldenburg 23,30, Hamburg 2400,32, Haderleben 11,60, Landslut 182,65, Rudolstadt 22,60, Offen a. b. N. 237,73, Bernburg 48,37, Jena 107,11, Jilmenau 33,80, Jüttan 23,20, Bayreuth 30,82, Hirschberg 22,90, Dänau 22,80, Gienach 34,57, Saarlöschen 42,10, Dresden 1782,69, Berlin 3069,65, Magdeburg 512,30.
Für Abonnements- und Annoncen-Kollekten "Produktion", Hamburg, M. 5, F. Meiß 10, Flensburg 4,20 R. G. Dielefeld 32,30.
Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Sterbetafel.

Stuttgart. Gotthilf Schwinghammer, 46 Jahre alt, gestorben am 26. März.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Magdeburg. Fritz Hohmann (Beruburg), gefallen am 9. März.
Wilhelm Ramme, Schokoladenarbeiter, gestorben im Lazarett.
Bezirk Strassburg i. E. Julius Hanger (Freiburg i. Br.), gefallen.
Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Forderung einer Feuerungszulage im Breslauer (alten) Konsumverein. Am 1. April fand im Gewerkschaftshaus eine Betriebsversammlung unserer im Breslauer Konsumverein beschäftigten Kollegen statt, welche gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: Unsere Löhne und die Feuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Der Vorsitzende legte seinen Ausführungen den letzten Geschäftsbericht des Vereins (1915) zugrunde und stellte fest, daß der Verein trotz reichlicher Abschreibungen und Verteilung von 11 pZt. Dividende an seine Mitglieder einen Ueberschuss von M. 2840:589,61 gemacht habe. Ferner ging Sorge auf die Feuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel ein und führte Preissteigerungen an, die nach weit über 200 pZt. hinausgingen. Dann wurde die Lohnfrage einer kritischen Betrachtung unterzogen und festgestellt, daß die Löhne in keinem Verhältnis zu der Feuerung stehen. Nach reger Aussprache waren sich alle Kollegen darüber einig, daß der Vorstand unseres Verbandes bei der Direktion eine Erhöhung der Löhne fordern soll, damit sich das Leben der Beschäftigten in dieser schweren Zeit etwas erträglicher gestalten lasse. Es wurde beschlossen, zunächst eine schriftliche Eingabe zu machen, welcher eine entsprechende, einstimmig angenommene Resolution angefügt werden soll.

Da die am 1. April 1915 eingeführte Feuerungszulage unter den heutigen Umständen als gar nicht mehr ins Gewicht fallend bezeichnet werden kann, nehmen wir an, daß die Direktion eines Vereins mit solchen Ueberständen wie der Breslauer Konsumverein den berechtigten Wünschen seiner Bäckereiangestellten Rechnung tragen wird!

Die Bäckerei Schillingen in Köln-Kalk hat einen Feuerungszuschlag von M. 2 pro Woche für jede Person bewilligt.

Folge der Tarifänderung seitens der Firma Josef Hartmann, Brotfabrik in Landshut i. Bayern, haben Verhandlungen stattgefunden, die dazu führten, daß eine Neuregelung der Vereinbarung getroffen wurde, die unter Auserkraftsetzung der Punkte 1 bis 3 des früheren Vertrages und andern Forderungen die zurzeit gestellten Löhne und Feuerungszulagen bis zum 1. April 1917 festlegt.

Feuerungszulage in der Brotfabrik "Dania" in Siedlitz. Zwischen den Inhabern genannter Firma, den Herren Halbrock und Henmann, und dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren Deutschlands, vertreten durch Sekretär Gehhold, ist am 25. März folgendes vereinbart worden:
1. Sämtlichen Arbeitern wird vom 1. Mai 1916 ab auf die bisher bezahlten Löhne, die schon früher durch eine freiwillige Zulage der Firma um M. 1 über den Tariflohn erhöht sind, eine weitere Feuerungszulage von wöchentlich M. 2 gewährt.
2. Sämtliche gesetzlichen Ueberstunden werden pro Mann und Stunde mit 75 % vergütet.

Feuerungszulagen in Genossenschaftsbäckereien.

Die Konsumgenossenschaft "Vorfahrung" in Köln a. Rh. hat pro Person M. 7 und für jedes Kind bis zu 16 Jahren M. 2 Feuerungszulage im Monat für ein halbes Jahr bewilligt, nachdem mehrere Sitzungen des Rates, des Mitglieder-Ausschusses sowie des Aufsichtsrates stattgefunden und schließlich eine Generalversammlung sich damit befaßt hatte.

Der Lebensbedürfnis-Produktivverein in Freiburg im Breisgau gewährt seinem sämtlichen Personal, soweit es vor Kriegsausbruch dort beschäftigt ist, seit 17. August 1915 eine Feuerungszulage von M. 1 wöchentlich. Seit der zweiten

Hälfte des November erhält jeder Arbeiter wöchentlich M. 2. Aushilfspersonen — diese sind in großer Anzahl beschäftigt — erhalten dann die Feuerungszulage von M. 2 pro Woche, wenn sie verheiratet sind oder sonst für einen eigenen Hausstand zu sorgen haben. Ledige Aushilfspersonen, die während des Krieges eingestellt wurden, erhalten keine Feuerungszulage.

Der Konsumverein Schmiedung hat seinen Angestellten und Arbeitern eine einmalige Feuerungszulage für das Jahr 1915 in folgender Form gewährt: Verheiratete M. 15, für die Frau M. 5 sowie für jedes Kind ebenfalls M. 5, ledige M. 8.

Der Konsumverein Mainz hat wieder, wie im Dezember 1915 schon einmal, den beschäftigten Kollegen, die länger als ein Vierteljahr im Betriebe arbeiten, eine einmalige Feuerungszulage von 20 pZt. des Monatsverdienstes bewilligt und für jedes Kind 1 pZt. des Monatsverdienstes.

Kurznotizen.

Bäcker.

Frankenthal. Hier tagte am 5. April eine allgemeine Bäckergehilfenversammlung, in welcher Kollege Strobel-Mannheim das Thema: "Sollen wir von untern Arbeitgebern eine Feuerungszulage verlangen?" behandelte. Die gut besuchte Versammlung beschloß an die Arbeitgeber zwecks Erlangung einer Feuerungszulage heranzutreten. Mit den Verhandlungen wurde die Bezirksleitung des Verbandes beauftragt. Von den anwesenden Nichtmitgliedern traten drei dem Verbande bei.

Freiburg i. Br. Am 30. März fand bei Böttner eine gutbesuchte öffentliche Bäckergehilfenversammlung statt. Kollege Landtagsabgeordneter Strobel-Mannheim sprach über Kriegssteuerungszulagen der Arbeiter im Bäder- und Konditorgewerbe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute, am 30. März 1916 tagende öffentliche Bäckergehilfenversammlung beauftragt die Leitung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Zustelle Freiburg i. Br., sofort an die Arbeitgeber die Forderung auf Gewährung einer Feuerungszulage zu richten.

Sämtliche anwesenden nichtorganisierten Kollegen erhielten ihren Beitrag zur Organisation.

Karlsruhe. Eine sehr gut besuchte Bäckerversammlung fand am 6. April im "König von Preußen" statt. Kollege Strobel-Mannheim hielt in derselben einen Vortrag über: "Die gegenwärtige Feuerung und was muß die Gehilfen-schaft tun, um dementsprechend ihre Löhne zu erhöhen." Die Versammelten befanden sich allgemein, daß während des Krieges die jüngeren Kollegen wohl die Kosten, welche früher von älteren Kollegen versehen und dementsprechend höher bezahlt wurden, heute auszuführen haben, ohne aber dafür diejenige Bezahlung, welche ihrer Arbeitsleistung entsprechen würde, zu erhalten. Allgemein wurde gewünscht, daß auch in Karlsruhe versucht werden solle, eine Erhöhung der Löhne für die Gehilfen-schaft anzustreben. Eine Resolution, welche die Bezirksleitung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands beauftragt, zwecks Erlangung einer Feuerungszulage mit der Bäckerringung in Verbindung zu treten, fand einstimmige Annahme. Daß es den Kollegen mit der Verbesserung ihrer Lebenslage ernst ist, bewies er dadurch, daß 24 Kollegen dem Verbande beitraten.

Fabrikbranche.

Freiburg i. Br. Am 2. April fand eine Versammlung der in der Fabrikbranche beschäftigten Arbeiterinnen statt. Beschlossen wurde, für diese eine Feuerungszulage zu fordern. Soffentlich zeigen die Arbeitgeber ein kleines Entgegenkommen.

Mannheim. Am 17. Februar wurde in der ehemaligen Sternes Brotfabrik eine Zwieback- und Keksfabrik durch die Firma Ehrlich & Co., Frankfurt a. M., errichtet. In diesem Betriebe werden zur Zeit zehn männliche und 45 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Lohn für männliche Arbeiter beträgt sich in der Höhe von M. 12,50 bis M. 35 pro Woche. Den Arbeiterinnen werden Tagelöhne von M. 1,80 bis M. 3,50 bezahlt; die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, jedoch wird an Sonntagen nicht gearbeitet. Die Löhnlöhne der Arbeiterinnen werden nur für die fünf Arbeitstage bezahlt. Seitens der Organisationsleitung wurde der Versuch unternommen, die in diesem Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte für die Organisation zu gewinnen. In mehreren Betriebsversammlungen gelang es von den im Betriebe Beschäftigten 34 neu der Organisation beizutreten. Der Firma wurden bereits die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen nach Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse unterbreitet, bis heute jedoch hat es die Firma nicht der Mühe wert gehalten, irgendwelche Antworten zu geben. Der gute Geist, welcher die im Betriebe Beschäftigten besetzt, wird dazu beitragen, daß die Firma letzten Endes sich zu einer Regelung herbeilassen muß.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Der Verband deutscher Schokoladenfabrikanten hielt am Sonntag, 30. Januar 1916, in Berlin (Zoo-Park) eine außerordentliche Tagung ab. Die Verhandlungen bezogen in erster Linie Rohstofffragen. Aus dem Mitgliederkreise heraus war empfohlen worden, zwecks Streckung der Kakaorohstoff-Mandeln zu verarbeiten, und außerdem beantragt worden, bei Lieferungen den Zusatz von Mandeln ohne Deklaration zu gestatten. Der Verband hielt die Verarbeitung von Mandeln für empfehlenswert, beschloß aber einstimmig, an den Verkehrsbestimmungen über die Deklaration festzuhalten. Eine Deklaration des Mandel- beziehungsweise Kakaopulveres in der Form: "Mit Mandeln beziehungsweise Kakaopulver gearbeitet" wird für ausreichend erklärt. Ferner gab die Versammlung die Erklärung ab, daß die Verwendung von Kakaopulver zu getrockneten Schokoladen zulässig sei, sofern mindestens 30 pZt. Kakaobestandteile in der Schokolade enthalten sind und einwirkende Mandelstücke über 7 pZt. getrennt werden. Bezüglich Zucker wurde die Frage der monatlichen Kontingenterzeugung eingehend besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß wegen des Ueberschusses

es eine ständige Kontingenzierung und die Verteilung der jeweiligen Monatsquote nicht zweckmäßig sei...

Internationales.

Neue Vereinbarungen zwischen den Kollegen und den Bäckereimestern und Brotbäckereikauten zu Kopenhagen. Die Bäcker und Konditoren Kopenhagens hatten schon für den 1. April ihre Tarife mit den Arbeitgebern gekündigt...

Die neuen Tarife sind also eine Tatsache; sie bringen eine Lohnerhöhung von Kr. 4 pro Woche für die niedrigen Löhne und Kr. 3.50 für die höheren...

Die Löhne der Bäcker und Konditoren in Kopenhagen sind jetzt nach den neuen Tarifen folgende: In Brotfabriken pro Woche Kr. 33, 34.50, 37.50; Hilfsarbeiter pro Tag Kr. 5.50, 5.75, 6.25...

Allgemeines Handbuch.

1) Gewerkschaftlicher Weltfriedenskongress. Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes beruht auf die Arbeiterorganisationen zu Handbändereisen...

Das weitere wird hervorgehoben, daß die internationalen Beziehungen der Völker einigen Diplomaten und Politikern zur Regelung überlassen wurden...

Zur Zeit der Vorbereitung des Kongresses werden im Exzerpt mit angegeben; notwendig wird nur jenseit erklärt, daß einzig und allein Vertreter internationaler Organisationen der Lohnarbeiter zu diesem Kongress zugelassen werden können...

Strafverurteilung.

Verurteilung auf ein dauerndes Nachbatterbot für den Allgemeinen Konsumverein in Halle a. S. E. getroffen. In seiner Jahresversammlung am 23. März wurde im einstimmig beschlossen...

Verurteilung auf ein dauerndes Nachbatterbot tritt auch gegen die Gewerkschaft 'Produktion' in Hamburg. Die gleiche mit ihrer Forderung in welcher im Fe-

stjährige fünf weitere Doppelauszuglöfen und eine Anzahl neuer Arbeitsmaschinen in Betrieb genommen wurden, trotz des Nachbatterverbots einen Umsatz von M. 437.916 gegen M. 319.008 im Vorjahre...

Literarisches.

Mit der Färbung für Kriegsverletzte gemeinnützige Arbeiter beschäftigt sich Heft 39 der Schriften des Deutschen Bäckervereins. Der Verfasser, Generalinspektor Dr. Friedrich Symp, Kleinig i. Oberhof, gilt als einer der ersten Sachverständigen in der Kriegsverwundetenfürsorge...

Die Welt-Literatur. Dieses Unternehmen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, dem Schluß und dem Fechten, aber oft recht teuren Unterhaltungsstoff entgegenzusetzen...

Die in hoher Auflage vorbereitete Broschüre 'Was die Hausfrau vom Was wissen muß' von Josephine Wirth bringt in klarer, anschaulicher und unterhaltender Form alles Wissenswerte über die vielseitige Verwendung des Gases...

Spätkaus am 15. April ist der 16. Nachbattertrag für 1916 (16. bis 22. April) fällig.

Zur Beachtung! Für Nr. 17 des Organs muß des Offiziers halber bereits am Sonnabend, 22. April, vorm. 10 Uhr, Redaktionsbüro eintreten!

Mitglieder beim öffentliche Versammlungen. Sonntag, 16. April: Duisburg: 8 Uhr im 'Bienenhaus', Friedrich-Wilhelm-Platz...

Anzeigen. Die gesamte maschinelle Einrichtung einer moderner, sehr gut erhaltenen Hundestuchen- und Geflügelfutter-Fabrik auch für eine Brot-Grainbäckerei geeignet...

Nachruf. In einem Lazarett verstarb unser Mitglied, der Schokoladenarbeiter Wilhelm Ranne am 28. März 1916.

Um 29. März starb nach längerer Krankheit im 49. Lebensjahre unser lieber Kollege Johannes Leonhard.

Samstagabendkassette der Bäcker-Jungmänner-Sammlung in Berlin, Krafftstr. 38. Mittwoch, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr: Sitzung des Ausschusses in den 'Germania'-Festlokalen, Chausseestra. 110.

Kontrollkassette. National, Scheidhauder mit Totaladdition, gegen Barzahlung gekauft. Billigstes Angebot mit Nummernangabe erbeten unter M. 5290 an Heinrich Eisler, Hamburg 3.

Ammonium. von vorzüglicher Triebkraft, offeriere in Originalgebunden von 50 kg, à M. 1.60 pro Kilogramm.

Ammonium. von höchster Triebkraft offeriert zu M. 1.55 das Kilo, bei Bezug von 50 kg. Größere Posten entsprechend billiger.

Achtung! Kriegsschlagsahne Tortenfüllung ohne Milch! ohne Ei. Von Fachleuten als sehr gut befunden.

REIDL'S BACKPULVER. 1 Pfd. M. 1.— 25, 40 Pfd. pro Pfd. — M. 22.50 50, 80, 100, 70, 70, 70. 1 Probe-Postpaket 3 Pfd. — 3.—